



# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Leseabonnementsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 7503

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 17. November 1917.

21. Jahrgang.

## Herr Zachmann will verhandeln.

Nachdem nun genug Worte gewechselt sind, dürfte es zweckmäßig sein, daß die gegenseitigen Organisationen sich an einen Tisch setzen und über die Hauptfragen, die unser Gewerbe betreffen, gemeinsam und leidenschaftslos verhandeln. — Diese durchaus vernünftige Anschauung vertritt im Steinbruch (Nr. 43/44) der bekannte Würzner Pfastersteinindustrielle Herr Georg Zachmann. Aber im Blätterwalde der Unternehmer wird auch in Zukunft die Zachmannsche Anschauung unberücksichtigt bleiben, weil die einflussreichen Hartsteinindustriellen mit den Arbeitern sich gar nicht über solche Fragen unterhalten wollen. Gerade die Herren Unternehmer in der Gegend von Grimma und Würzen, Herr Zachmann wird die Firmen kennen, haben's bisher geradegu stricke abgelehnt, sich mit der Arbeiterorganisation auf dem Wege der Verhandlung einzulassen. Herr Direktor Lugin von den bekannten Ködnitzer Porphyrrwerken, wird sich kaum mehr dazu befehlen lassen, daß die ihm unterstellten Arbeiter auf dem Gebiete der Organisation mit den Arbeitgebern völlig gleichberechtigt sein werden. —

Aber erfreulicherweise ist die Anschauung jener konservativen Herren für die Steinarbeiter nicht im geringsten maßgebend.

Gern erkennen wir an, daß Herr Zachmann willens ist, von Organisation zu Organisation über wichtige Fragen der Steinindustrie und des Berufslebens zu verhandeln. Aber, wenn wir daran zweifeln, daß jener Wille auch in die Tat umgesetzt werden kann, so deshalb, weil im Deutschen Steinindustrieverband die nötige innere Festigkeit fehlt. Die Herren jenes Verbandes sind sich nur einig, wenn es gegen die Arbeiter geht, das haben wir bei der Frage der Teuerungszulagen wieder beobachten können. Der Unternehmerverband verbot zunächst seinen Mitgliedern überhaupt, daß Teuerungszulagen gewährt werden dürften. Erst als unser Verband unanft dazwischenfuhr, lenkte man in Berlin ein. Wir regen schon lange an, daß das Chaos im Tarifvertragswesen beseitigt werden möchte, im Unternehmerlager ist dabei auf kein Entgegenkommen zu rechnen. Das Bureau des Deutschen Steinindustrieverbandes befindet sich in Berlin. Die Verbandsleitung selbst sitzt tief in der Provinz. Der nominelle Generalstab sitzt somit weit ab von der sogenannten Wirtschaftsfrente. Womit wir sagen wollen, daß man in Berlin anscheinend nicht berechtigt ist, wichtige Fragen zu erledigen, auch selbst dann nicht, wenn die Geschäfte zur Zeit sogar von einem Doktor der Nationalökonomie geleitet werden.

Und so ist es gekommen, daß auf die seinerzeitigen Ausführungen des Herrn Zachmann nicht reagiert wurde und sein jetzt geäußertes Wunsch wird vermutlich keinem Steinindustriellen die Feder in die Hand drücken.

Herr Z. verlangt nun, daß die Steinarbeiter zugeben sollen, daß die Bundesratsverordnung, besonders wegen der Beschäftigung Jugendlicher, abgeändert werden soll. Dem könnten die Arbeiter niemals zustimmen. Darüber brauchen wir wahrhaftig lange Ausführungen nicht mehr zu machen, um unsern Standpunkt zu rechtfertigen. Ueber die Pfastersteinsatzfrage werden wir noch Gelegenheit haben uns zu äußern. So einfach wie die Sache für die Herren Pfastersteinindustriellen liegt, liegt sie für den Steinarbeiterverband durchaus nicht. Herr Z. scheint unbekannt zu sein, daß wir mit einem Teile der norddeutschen Städte seit vier Jahren „Krieg“ führen, weil auch unter Meinung nach diese Kommunen viel zu wenig auf die deutschen Steinarbeiter Rücksicht nehmen. Ohne Einschränkung sagen wir, das Verhalten der Stadtverwaltungen von Bremen, Hamburg, Lübeck, Rostock, Berlin, Charlottenburg, Spandau usw. werden wir in Zukunft schonungslos weiter geißeln und dabei Schritte einleiten, die einen Erfolg für die Steinarbeiter sichern. Wir betrachten es als einen Skandal, daß beispielsweise Berlin und Spandau vorwiegend die Pfastersteinmaterialien in Standinauven bestellen, der deutsche Steinarbeiter aber zusehen kann, wo er bleibt. Der Unternehmerverband hat zwar alle seine Maßnahmen auf den Zoll eingestellt, aber auf die Stadtverwaltungen hat er weniger seinen Einfluß ausgeübt. — Das war ein großer Fehler.

Es sollte uns sehr freuen, wenn in Zukunft im Deutschen Steinindustrieverband der konservative Zug weniger zur Geltung käme. Unser Verband wird mit den Unternehmern, soweit besonders die Aufbesserung der möglichen Löhne in Frage kommt, schwere Kämpfe zu bestehen haben. Das wollen sich die Arbeiter nicht verhehlen, und dementsprechend haben wir auch zu rufen. Aber es gibt eine Reihe von wichtigen Fragen in der so vielseitigen Steinindustrie, daß der Rat des Herrn Z. sehr beachtenswert ist, wenn diese von Verband zu Verband und halb möglichst schnell geregelt werden.

## Was der Reichstag geleistet hat.

Sozialpolitische Reichslösungen.

Die Arbeiten und Erfolge des Reichstags werden gegenwärtig in der Öffentlichkeit in wenig gewürdigt, wohl sie zu wenig bekannt sind. Sind doch die Reichslösungen geradezu entweder in verantwortlichen Ausschüssen oder in die Wiedergabe vieljähriger

Hauptverhandlungen, die bei den gegenwärtigen Zeitungsverhältnissen notwendigerweise ungenau und lüdenhaft sein muß.

Das Schicksal ungenügenden Bekantwerden hat vor allem die Reichslösungen getroffen, die der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Ferien noch in später Abendstunde nach den Anträgen des Hauptausschusses gefaßt hat, obwohl sie von der allergrößten Bedeutung für weiteste Volksteile sind. Sie seien deshalb hier zusammenfassend dargestellt.

### Erleichterung des Heeresdienstes.

Der Reichstag hat den Reichstagsrat ersucht, mit aller Beschleunigung tunlichst die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst herbeizuführen zu wollen. Maßnahmen zu ergreifen, wonach im Falle daß Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, der Vater auf sein Verlangen aus der Feuerlinie zurückgezogen wird; ferner dahin zu wirken, daß den Mannschaften und Unteroffizieren während der Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabschnitten Urlaub gewährt wird und daß die Strafe des strengen Arrests entweder ganz beseitigt, oder daß die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs dahin geändert werden, daß in allen Fällen, die mit strengem Arrest bedroht werden, auch die Verhängung einer mildereren Straform zugelassen wird.

### Erhöhung der Mannschafslöhne.

Eine andere Gruppe von Entschickungen richtet sich auf eine anderweitige Festlegung der Höhe der Mannschafslöhne und Unteroffiziers, und zwar sollen Unteroffiziere nach einer als Unteroffizier geleisteten Kriegsdienstzeit von 18 Monaten eine Erhöhung der Höhe um 20 Prozent, Gefreiten und Gemeinen nach einer Kriegsdienstzeit von einem Jahr eine Erhöhung um 20 Prozent, nach zwei Jahren um 40 Prozent, nach drei Jahren um 50 Prozent erfahren. Besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, sollen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden dürfen. Ferner soll dahin gewirkt werden, daß den Unteroffizieren, die das den Mannschaften zustehende Fußgeld noch nicht erhalten haben, dieses nachträglich gewährt wird. Eine weitere Entschickung richtet den Reichstagsrat, zu veranlassen, daß die Verlaufspreise in den Kaufmännischen und Gewerbetreibenden Kommissionen in bestimmten Zwischenräumen Rechnung gelegt wird. Endlich soll der Reichstagsrat eine Verfügung dahingehend herbeizuführen, daß den in den Justiz- und Verwaltungsämtern beschäftigten Mannschafslöhnen in gleicher Höhe bezahlt werden, wie sie den in den Militärverwaltungen beschäftigten Mannschaften bereits bezahlt werden.

### Erhöhung der Kriegsmittelzulagen.

Von hoher Bedeutung ist der Beschluß, die Reichsmittelzulage für Angehörige von Kriegsteilnehmern bei Frauen von 20 Mk. auf 30 Mk. und bei sonstigen unterstützungsberechtigten Personen von 10 auf 15 Mk., also durchweg um 50 Prozent zu erhöhen und den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Verpflichtung aufzuerlegen, aus ihren Mitteln den tatsächlichen Verhältnissen angemessene Zuschläge zu diesen Unterzulagen zu zahlen. Auch die Militärhinterbliebenenrenten sollen nach einem Beschluß des Reichstags eine wesentliche Erhöhung erfahren.

### Verbittung der Lebensmittel.

Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Steigerung der Preise aller Nahrungsmittel und aller Gebrauchsartikel, die zahlreiche Familien der minderbemittelten Volksklassen in eine schwere Notlage bringt, hat der Reichstag die verbündeten Regierungen ersucht:

- alle Aufwendungen, die als besondere Vergütung (Grüßdrucksprämie, Schulkostenprämie) zu den Grundpreisen für die zeitliche Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten gewährt wurden, aus Mitteln des Reiches zu decken,
- dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeinden — nötigenfalls mit Zuschüssen der Einzelstaaten und des Reiches — für die minderbemittelten Bevölkerungsteile eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen.

### Erhöhung aller Renten.

Ferner sind die verbündeten Regierungen ersucht worden, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung zu erlassen, wonach mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 an als Kriegswahrschadensersatz die Verrentung für die Jahre 1917 und 1918 ein Zuschlag gezahlt wird, mit der Maßgabe, daß:

- die auf Grund der Verrentung der Reichsversicherungsordnung oder der früheren Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenrenten gezahlten Renten um 50 Prozent erhöht werden,
- zu den Unfallrenten von 50 bis 75 Prozent einschließlic ein Zuschlag von 20 Prozent und zu den höheren Unfallrenten sowie den Hinterbliebenen- und Elterrenten ein Zuschlag von 30 Prozent, zu den landesgesetzlichen Knappschaftsrenten gleichfalls ein Zuschlag von 30 Prozent zu zahlen ist.

### Bekämpfung des Kriegswunders — Hilfe für den Mittelstand.

Endlich hat der Reichstagsrat eine Gruppe von Entschickungen angenommen, die sich einmal auf eine wirksame Bekämpfung des Kriegswunders aller Art, insbesondere auf die Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne in allen Fällen, 2. auf Zwangsinsolvenz und 3. auf eine Billikung für den gewerblichen Mittelstand beziehen. Bei Schaffung von Zwangsinsolvenzen soll der Reichstagsrat sich auf das alleräußerste Maß beschränken, einen größeren Einfluß der Interessenten innerhalb der Liquidationsverwaltung sicherstellen und darauf hinwirken, daß die Verrentung der Zwangsinsolventen bei Ausübung ihrer Wirtschaft die kleineren und mittleren Betriebe nach Möglichkeit schonen und bei den unbedingt notwendigen Einschränkungen den Interessen der betroffenen Bundesstaaten tunlichst Rechnung tragen.

Soweit die sozialpolitischen Reichslösungen des Reichstags, hinsichtlich der Reichstagsentschlüsse noch keine Gesehe. Sie bedürfen dazu noch der Zustimmung des Bundesrats. Aber es wäre etwas verfehlt, die jütischen Reichstagsentschlüsse lediglich als Nebenkapitel anzusehen. Die Forderung der Uebernahme der Sozialversicherungsprämien usw. auf die Reichslösungen ist bereits erfüllt, in den anderen Forderungen hat die Regierung größtenteils Entschickungen abgegeben, welche baldige Erfüllung wahrscheinlich machen. Auch in Fragen,

in denen sie festig widerstrebt, wie z. B. der Gewährung eines Rechts auf Urlaub, ist ihr Widerspruch schwächer geworden. Sie darf von diesen Reichstagsentschlüssen, auf welche die Sozialdemokratie unablässig gedrängt hat und deren Durchföhrung in erster Reihe ihr Werk ist, eine wesentliche Milderung der Kriegsnot schon in diesem Winter erwartet werden.

## Das Lehrlingswesen in der Granitindustrie.

Innerhalb der deutschen Steinindustrie nimmt die Hartsteinindustrie eine hervorragende Stelle ein. Die Steinmetzen und Schleifer, die Brecher und Pfastersteinmacher usw. stellen durch die Verschiedenartigkeit ihrer Arbeitsmethoden getrennte Abteilungen dar.

Der Granitindustrie war in den Städten nie eine Entwicklungsmöglichkeit gegeben. Die dort befindlichen Betriebe mit ihrer verhältnismäßig niedrigen Arbeiterzahl berechnen nicht zur Aufzucht, daß eine Möglichkeit vorhanden sei, leistungsfähige, größere Werke entstehen zu lassen. Sie könnten einer Konkurrenz, die in den Bruchgebieten vorhanden ist, nicht standhalten.

Ein bedeutender Unterschied besteht im Lehrverhältnis der Sand- und Granitsteinmetzen. Während bei den ersteren schon im Mittelalter das Lehrlingswesen durch straffe Vorschriften geregelt war, finden wir in der Granitindustrie erst in den letzten Jahrzehnten Ansätze eines geregelten Lehrverhältnisses. Auch jetzt ist in manchen Gegenden von einem geregelten Lehrverhältnis wenig zu hören.

Der junge Arbeiter, welcher Lust hat, den Beruf zu lernen, oder durch Bedingungen, wie sie im Artikel über die Sandsteinindustrie erwähnt sind, geht mit seinem Vater oder einem Verwandten in den Steinbruch und beginnt mit den Grundbegriffen der edlen Kunst sich vertraut zu machen. Der als Lehrling fungierende weiß ihm leichtere Arbeiten an und bearbeitet die vom Lehrling angefertigte Arbeit nachträglich so, daß der Abnehmer Verwendung für sie findet. Den Lohn teilt er meistens mit dem Lehrling. Nach einiger Zeit wird das Verhältnis geändert, der Lehrling bekommt den Affordlohn vom Unternehmer, genau in derselben Höhe wie der Geiselle.

Die meisten Kollegen, welche 15 und mehr Jahre im Beruf tätig sind, werden in dieser Form die Lehrgelt durchgemacht haben. Da der Kleinbetrieb vorherrschend war, der Unternehmer selbst mit dem Werkstück tätig war, so kam es oft vor, daß er die Ausbildung von Lehrlingen selber vornahm. Wo nicht verwandtschaftliche Beziehungen das Lehrverhältnis begründeten, mußte der Lehrling alle möglichen Arbeiten, die Hilfsarbeitern zustehen, erledigen. Solche Zustände waren es sicher nicht; der Lehrling hatte oftmals Härte zugebracht und doch nichts gelernt und noch weniger verdient.

Ble bereits bekannt, ist eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, was bezüglich der geregelten Lehrgelt, in den meisten Fällen 3 Jahre, schon zutage tritt. Vergütung wird fast allgemein gewährt. Die Arbeit wird nach den Affordpreisen berechnet oder es wird Wochenlohn gewährt. Im ersten Falle wird ein Viertel bis drei Viertel der jeweiligen Affordpreise berechnet.

Wo dem Lehrling eine wöchentliche Vergütung gewährt wird, ist der Unterschied sehr groß; 3—4 Mk. im ersten, 4—10 Mk. im zweiten und 6—15 Mk. im dritten Jahre der Lehrgelt beträgt der Lohnsatz bzw. die Entschädigung an den Lehrling.

Die Erhöhung der Affordpreise oder der Wochenlöhne tritt nicht immer am Jahreschluss ein. Bei manchem Unternehmer wird während des Jahres eine Erhöhung der Sätze vorgenommen und dabei die Leistungsfähigkeit des Lehrlings berücksichtigt. Dieses System ist nur zu begriffen, doch darf dabei keine Zurückziehung der anderen Lehrlinge eintreten. Eine Verteilung der Lohn- oder Tarifkommission zur Regelung dieser Fragen dürfte im Interesse des Berufes bzw. der Industrie liegen.

Die Dauer der Lehrgelt, drei Jahre, ist zu lang, doch soll damit nicht gesagt sein, daß der Steinmetz in drei Jahren in allen vorkommenden Arbeiten firm wird. Das übliche Vorgehen der Lehrlinge zu anderen als rein beruflichen Arbeiten wird beseitigt werden, da dadurch die Lehrgelt unnötig verlängert wird. In Ausnahmefällen ist der Lohn in voller Höhe zu gewähren.

Der technischen Ausbildung muß mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Schulunterricht ist auf die Tagesstunden zu verlegen, da nach der Arbeit Aufmerksamkeit und Aufmerksamkeit möglich beschränkt sind. Dem kann abgeholfen werden, indem die jungen Geisellen dann noch ein Jahr die Berufskunde besuchen müßten. Die Kosten für Vergütung an die Lehrer und die Lehrmittel könnten von der Kommune und den Unternehmern getragen werden.

Die tatsächlichen Verhältnisse in der Hartsteinindustrie bedürfen einer starken Verbesserung. Wenn auch der Umfang der Berufskrankheit nicht die schrecklichen Zahlen der Landindustrie aufweist, so nimmt leider die Zahl der Kollegen, deren Atmungsorgane erkrankt sind, zu.

Die Entschädigung für die Lehrlinge löst sich, genau wie die Dauer der Lehrgelt, nicht in eine Anzahl Preisen, und müssen die örtlichen Verhältnisse zum Teil beachtet werden. Selbstverständlich kann die Dauer der Lehrgelt in Verrenten, wo nur einfache Vorkarbeit angelernt wird, länger sein, als in der Landindustrie, wo der Lehrling oft schon mit verschiedenen Gesehensarten vertraut wird.

Auf einen Nachbarn, der nicht selten in Betrieben angestritten wird, sei noch vermerkt, wenn es von den Betrieben anerkannt werden, deren Bezahlung nicht nur sehr gering ist, oder die Lohnsätze annehmbarerweise die Geisellen zu hoch sind, so wird die Arbeit gern den Verrenteten zugewiesen. In der Regel ist die Lohnfrage die Ursache dieser Gesehensarten.

Bei Arbeiter wie sie merklich angefallen sind, kann meistens eine Einigung mit der Arbeitgeberseite erzielt werden, wenn der Unternehmer erklärt, daß von den Verrenten geordnete Summe nicht bezahlet zu können. An anderen Fälle erweist sich die Verrentung der Arbeit durch die Verrentung dem Unternehmer einzuwenden.

Es ist daher zu erhellen, daß die Tätigkeit der Lehrlinge auch auf die Lehrlinge auszuwirken wird. Der Lehrling muß in der Ausbildung notwendig sein, wird allgemein anerkannt und nach dem Jahre unbedingt neuem werden. Einmal in der Ausbildung in der Verrentung der Arbeiter, wie es in der Regel ist, aber notwendig, wenn eine Verrentung der Industrie zu vermeiden ist. Es ist

# Einberufung eines Bauarbeiter-Verbandstages.

Am 1. und 2. November tagte in Hamburg eine Konferenz des Bauarbeiterverbandes mit dem Verband der Bauarbeiter. Der Verband hat im Laufe des Sommeres eine erhebliche Zunahme seiner Mitgliederzahl erreicht, denn erst bei den letzten Einsetzungen und andern ungünstigen Arbeitsbedingungen auf weitere große Gewinne nicht rechnen. Ueber die vom Verbandsrat beschlossenen Maßnahmen wurde vielfach Klage geführt, daß sie ihre Wirkung gegen den Verband nicht erfüllten. Gegen die Maßnahmen wurden die Beschwerden erhoben, daß sie nachteilig auf die Entwicklung des Bauwesens und der Gewerkschaften im allgemeinen wirkten. Insbesondere wurde die Forderung der Tarifverträge abgelehnt, weil eine solche Bewegung in Aussicht genommen ist. Auch die Forderung der Einberufung des Verbandstages wurde abgelehnt, weil eine solche Bewegung in Aussicht genommen ist. Auch die Forderung der Einberufung des Verbandstages wurde abgelehnt, weil eine solche Bewegung in Aussicht genommen ist.

Die Konferenz wurde abgehalten, da sie weit über eine bloße Beratung hinausging. Es erfolgte eine eingehende Untersuchung der Lage der Bauarbeiter und der Bauwirtschaft im allgemeinen. Die Konferenz wurde abgehalten, da sie weit über eine bloße Beratung hinausging. Es erfolgte eine eingehende Untersuchung der Lage der Bauarbeiter und der Bauwirtschaft im allgemeinen.

## Erhebung der Beiträge und Unternehmertum.

Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin.

Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin.

Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin. Die Erhebung der Beiträge ist auf den jung in Berlin.

## Erhebt Lokalzuschläge!

Man kann nicht behaupten, daß im Verbands der Bauarbeiter hohe Beiträge bezahlt werden. Allerdings gibt es Kollegen, die meinen, der Beitrag sei allerdings schon zu hoch. Begründet wird dies dann damit, daß ja die Verbandsbeiträge nicht allzuviel gekostet. Wenn sich der Bauarbeiterverband mit seinem Finanzwesen mit diesen anderen Verbänden ebenfalls messen kann, so schon deshalb, weil seit Jahren bei uns eine umfängliche Finanzpolitik getrieben wurde. Unter Grundlag war: Unter allen Umständen die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, mit der weiteren Fortschreibung, daß das Bauwesen in den nächsten Jahren nicht immer steigend sein wird. Es gibt viele Orte, die sich abseits nicht dazu verstehen können, einen Lokalbeitrag einzuführen. Werden im Hauptverband die Verhältnisse nicht geprüft, so ergibt sich unter dieser Bedingung, welche Lokalzuschläge nicht erheben, daß immer recht alte Verbandsorte darunter anzuzählen sind. Es ist sehr unbedeutend, daß in dieser Hinsicht die Bauarbeiter so wenig Reichlichkeit zeigen. Sie haben während nicht den Mut der Mitglieder zu sagen, was notwendig die Erhebung eines lokalen Zuschlages ist. Es ist sehr unbedeutend, daß in dieser Hinsicht die Bauarbeiter so wenig Reichlichkeit zeigen. Sie haben während nicht den Mut der Mitglieder zu sagen, was notwendig die Erhebung eines lokalen Zuschlages ist.

# Korrespondenzen.

**Köln (Sautz).** Die Arbeitgeber sind hier so zurückhaltend mit der Erhöhung der Teuerungszulage, so daß uns die fortwährenden Steigerungen der Lebensmittelpreise auf härteste treffen. Es ist zu behaupten, daß die unorganisierten Kollegen immerfort auf die Arbeitgeber schimpfen, aber den Weg zum Verband finden sie nicht. Nun wird seit Juli 30 Prozent Teuerungszulage an die Arbeiter (Steinmetzen) gezahlt, während die übrigen Arbeiter mit 15 Prozent abgepeitscht wurden. Gestern ist sehr ungerecht von den Arbeitgebern getarnt worden. Vor allen Dingen wäre es Pflicht, daß sich jeder Kollege organisiert. Denn wenn die Kollegen auf organisiert sind, können wir nachweisen, daß sie bei den jetzigen Verhältnissen den teuren Lebensmitteln, ihren Lohn auch dementsprechend erhöhen könnten; siehe beispielsweise Berlin. Darum hinein, Kollegen, in den Bauarbeiterverband. Die Teuerungszulage ist noch, daß von den 300 Verbandskollegen über 240 zum Gewerkschaft einberufen sind. Eine Versammlung abzuhalten, lohnt sich kaum, da nur 100 Kollegen die Teilnahme dazu ersehen. Da die Verwaltung nicht eigenmächtig handeln will, um wichtige Angelegenheiten zu beschließen, müßte jeder Kollege in den Versammlungen erscheinen. Auch ist zu bemerken, daß gerade unser Krankensystem unter den jetzigen Verhältnissen sehr leidet. Es müßte sich immer mehr Krankenkassen bilden, so daß wir im 3. Quartal nicht jenseit Krankenkassen bemerken, so daß wir im 3. Quartal nicht jenseit Krankenkassen bemerken, so daß wir im 3. Quartal nicht jenseit Krankenkassen bemerken.

**Abn I.** Die immer mehr sich steigenden Lebensunterhaltungskosten geben den Kollegen Veranlassung, den Gauleiter Herrmann zu beauftragen, an die Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne anzukommen. Von dem Verband der Arbeitgeber wurde eine Stundenloohnerhöhung von 10 Prozent bewilligt. Die Versammlung lehnte das Angebot ab. In weiteren Verhandlungen kam eine Einigung dahin zustande, daß der Lohn um 20 Prozent per Stunde aufgebessert wird. Er beträgt ab 1. November für einen Steinmetzen 1.10 M. Dazu kommt dann noch eine Teuerungszulage von wöchentlich 12 M. In der am 4. November stattgefundenen Versammlung gab Kollege Herrmann Bericht. Die Kollegen erklärten ihr Einverständnis mit den neuen Vereinbarungen. Für die Kollegen, die ständig an den Bauten Kunststein (Kunststein) und bearbeitet, beträgt der Mindestlohn 1.60 M. Die Kollegen sind selbst organisiert, dadurch war es möglich, in kurzer Zeit zu einer Verständigung zu kommen.

## Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1917.

Einnahme.		
Zu Eintrittsmarken	66.75 M.	
Beitragsmarken	14 508.12	
Gewerkschaftsmarken	790.12	
Material	18.37	
Abonnements und Inseraten	344.38	
diversen Einnahmen	5 578.55	
<b>Summa</b>	<b>21 299.49 M.</b>	
Ausgabe.		
Zur Agitation:		
a) Gauleitungen	1 476.10 M.	
b) Zentralvorstand	108.05	
Unterstützungen:		
a) Krankenunterstützung	1 495.03	
b) Sterbeunterstützung	367.44	
c) Umzugsunterstützung	20.-	
Verwaltung (persönlich):		
a) Gehalt	1 712.25	
b) Versicherungsbeiträge	394.38	
c) Revisionen und Sitzungen	74.80	
d) Verbandsausfluß	100.-	
Verwaltung (sachlich):		
a) Bureauausgaben (Miete, Reinigung usw.)	854.34	
b) Porto, Strafporto, Bestellgeld	285.03	
c) Druckkosten	5 569.50	
d) Sonstige Unkosten	94.80	
Verbandsorgan	2 626.01	
Zeitungen, Bücher	31.48	
<b>Summa</b>	<b>15 233.07 M.</b>	
<b>Bilanz.</b>		
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1917	313 921.71 M.	
Einnahme im 3. Quartal	21 299.49	
Bestand und Einnahme	535 221.20 M.	
Ausgabe im 3. Quartal	15 233.07	
bleibt Bestand am Schluß des 3. Quartals	519 988.13 M.	
Leipzig, im November 1917.		
Hugo Salthzer, a. J. Kassierer.		
Vorsitzende Abrechnung revidiert, Bücher und Belege in Ordnung gefunden.		
Die Revisoren:		
Eugen Ramprad, Hermann Ubrich.		

## Rundschau.

**Teuerungszulagen bei den Buchdruckern.** Die Buchdrucker-Gehilfen hielten mit den Prinzipalen kürzlich Verhandlungen ab, über die weitere Gewährung von Teuerungszulagen. Einheitslich wurden pro Woche festgelegt:

	für Verheiratete	für Ledige
in der ersten Sozialzuschlagsgruppe	7.50 M.	6.-
in der zweiten	8.50	7.-
in der dritten	9.50	8.-

Der allgemeine Wunsch der Gehilfen auf einheitliche Bemessung der neuen Bemessungen ist also in Erfüllung gegangen.

**Schwere Kollisionskatastrophe im Bergarbeiterverband.** 4 600 Bergarbeiter nahmen teil an dem Bergarbeiter-Deutschlandtag, der am 1. November 1917 in der Stadt Leipzig stattfand. Der Tagungsort war die Stadt Leipzig. Der Tagungsort war die Stadt Leipzig. Der Tagungsort war die Stadt Leipzig. Der Tagungsort war die Stadt Leipzig.

**Preussische Verkleinerung.** In Leipzig hat der Verband der Bergarbeiter einen Verbandsrat gewählt. Der Verband der Bergarbeiter hat einen Verbandsrat gewählt. Der Verband der Bergarbeiter hat einen Verbandsrat gewählt. Der Verband der Bergarbeiter hat einen Verbandsrat gewählt.

**Das der Krieg immer bringt.** In der gemeinsamen Bilanz des Bergarbeiterverbandes für das Jahr 1917 ist ein großer Erfolg zu verzeichnen. In der gemeinsamen Bilanz des Bergarbeiterverbandes für das Jahr 1917 ist ein großer Erfolg zu verzeichnen. In der gemeinsamen Bilanz des Bergarbeiterverbandes für das Jahr 1917 ist ein großer Erfolg zu verzeichnen.

Die Verteidigungsanlagen nicht mit Schippe und Bade Herge es mühe mit Rohr, und so manchmal vorgezogen. Die Arbeit der Bohrer war nicht leicht, denn die Maschinen liefen mit hohem Laufdruck. — Im österreichischen Gebiet gibt es noch spezielle Steinarbeiterkompanien.

Die holländische Steinfuhr ging während des Krieges stark zurück. Dabei ist aber bemerkenswert, daß Deutschland Steinfuhr nach Holland im Gegensatz zu andern Ländern gern konnte. Wir führten im Jahre 1915 für 225 000 Gulden Waren nach dort aus, im Jahre 1916 betrug dieselbe 457 000 Gulden. Sehr zurückgegangen ist die Einfuhr nach Holland aus den holländischen Ländern.

**Gewerkschaftliche Solidarität der holländischen Lehrer.** Ein Schullehrer in Dänemark ist aus den Lehrervereinigungen ausgeschlossen worden, weil er eine von ihnen geführte Lehrerkonferenz, früherer Anhänger zu Unrecht entlassen worden war, angenommen hatte. In Deutschland wäre so etwas unmöglich.

## Literarisches.

Von der Neuen Zeit, Berlin. Die Neue Zeit, Berlin. Die Neue Zeit, Berlin. Die Neue Zeit, Berlin. Die Neue Zeit, Berlin.

## Briefkasten.

**Spargel.** Die Unterstützung wird noch 14 Tage bezahlt. Spargel. Die Unterstützung wird noch 14 Tage bezahlt. Spargel. Die Unterstützung wird noch 14 Tage bezahlt. Spargel. Die Unterstützung wird noch 14 Tage bezahlt.

## Adressen-Änderungen.

Stuttgart. Vorf. u. Kass.: Christian Wehner, Dornstraße 28.  
Kamenz. Vorf.: Karl Piese, Auenstraße 5.

## Anzeigen Berlin.

Samstag, den 18. November, vormittags 10 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung der Steinarbeiter aller Branchen**

Im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal III.  
Tagesordnung:

- Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern über die neugestellte Forderung auf Teuerungszulage.
  - Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Steinmetzen u. Steinbrecher

für dauernde Arbeiten für mittelbaren Bedarf sofort gesucht.  
C. F. Förster, Betrieb Morrenleuths bei Lohme (Sachsen).

## Selbständige Pflastersteinmacher

die sich den Vertrieb der Steine erleichtern wollen, erhalten jetzt während lohnender Aufträge bei wöchentlich Abnahme und Beschaffung des fertigen Pflasters. Angebote mit Angabe des Materials an die Expedition des „Steinmetzen“.

## Im Felde gefallen

- find nachstehende Kollegen:
- Johann Fischer, 44 Jahre alt, aus der Zahlstelle Dresden-Pirna.
  - Karl Lang, 34 Jahre alt, aus der Zahlstelle Eigenbräun.
  - Georg Blochschmidt, 38 Jahre alt, aus der Zahlstelle Einbe.
  - Georg Eiser, 29 Jahre alt, Eduard Horn, 31 Jahre alt; beide aus der Zahlstelle Ploß.
- Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesantragsformular ausgefüllt wird.)

## Gestorben.

- (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt sind.)
- In Rostock am 25. Oktober der Kalksteinmetz Sebastian Heckner, 41 Jahre alt, an Nierenschwäche.
  - In Saagen am 27. Oktober der Granitsteinmetz Joh. Rostok, 62 Jahre alt, an Herzschwäche.
  - In Dömitz am 28. Oktober der Hilfsarbeiter Joh. Otto Liebscher, 29 Jahre alt, an Scharlach.
  - In Dresden am 25. Oktober der Sandsteinmetz Max Müller, 30 Jahre alt, an Lungen- und Rippenfellentzündung und am 29. Oktober der Sandsteinbrecher Otto Max Thonig, 44 Jahre alt.
  - In Pirna am 6. November der Sandsteinmetz Emil Franke (genannt der Schwarze), 61 Jahre alt, an Lungenleiden.
  - In Rostock a. S. am 2. November der Sandsteinbrecher Friedrich Strasser, 41 Jahre alt, an Lungen- und Tuberkulose.
- Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.